

Die PDS -

Fakten & Hintergründe

Was sie will.

Was sie macht.

Wer sie lenkt.

CDU



UiD Dokumentation 23 / 2001



Machen wir den Test:

Die SPD hat mit ihrem Bruch der Großen Koalition und dem Sturz von Eberhard Diepgen den Weg frei gemacht für eine rot-rote Koalition in Berlin. Die SED-Nachfolger an der Macht in der geeinten deutschen Hauptstadt?

Viele Menschen lehnen eine Regierungsbeteiligung der PDS strikt ab. Andere glauben, die PDS sei inzwischen eine ganz normale Partei geworden. Ist die Aufregung um die PDS also unbegründet?

- Hat die PDS die notwendige politische Kompetenz, um mit konkretem politischen Handeln Probleme zu lösen, kann sie Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen und einen Landeshaushalt sanieren?
- Hat sich die SED-Nachfolgepartei zu einer verlässlichen demokratischen Kraft entwickelt?
- Kann die PDS auch personell ein glaubhaftes Angebot machen?

Das sind die Fragen, die sich die Menschen zu Recht stellen. Und die sich auch die SPD stellen sollte. Unser Urteil ist eindeutig: Die PDS hat in einer Regierung nichts zu suchen. Aber urteilen Sie selbst: Wir haben Fakten zusammengetragen, lassen die PDS selber zu Wort kommen und hören, was Andere dazu zu sagen haben.

Informative Lektüre wünscht
Ihr

Laurenz Meyer

Was macht die PDS?

Berlin wäre nicht die erste Bewährungsprobe für die PDS. In Sachsen-Anhalt ist die PDS seit 1994 durch Duldung einer rot-grünen Minderheitsregierung an der Macht beteiligt, in Mecklenburg-Vorpommern ist sie seit 1998 sogar Regierungspartei.

Traurige Tatsache ist: Sachsen-Anhalt hatte im Jahr 2000 mit 0,8 % die höchste Abwanderungsquote unter den neuen Bundesländern zu verzeichnen. Und Mecklenburg-Vorpommern mit 0,5 % die zweithöchste. Die Gründe sind klar:

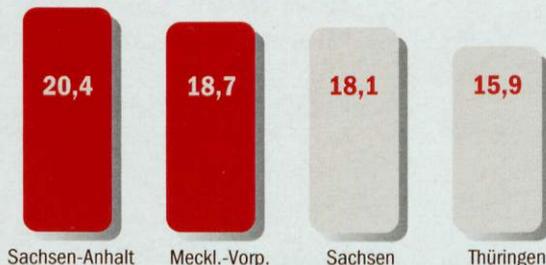
Stichwort Arbeitslosigkeit:

PDS heißt weniger Jobs.

Wo die PDS mitregiert, floriert nur eines: die Arbeitslosigkeit. Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben die höchste Arbeitslosenquote bundesweit!

Sachsen-Anhalt ist im siebten Jahr in Folge trauriger Spitzenreiter. 1994 betrug die Arbeitslosenquote noch 15,2 %. Nach dem Macht-

Arbeitslosenquote* im Juni 2001



* bezogen auf abhängig Beschäftigte zivile Erwerbspersonen. Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

wechsel zur PDS-tolerierten rot-grünen Minderheitsregierung stieg sie rapide an: 1997 lag sie schon bei 22,1 %. Aktuell liegt sie immer noch über 20%.

Mecklenburg-Vorpommern, das rot-rot regiert wird, verzeichnet neue Arbeitslosen-Höchststände. Hier wuchs die Zahl der Arbeitslosen von knapp 149.700 im Oktober 1998 (Regierungsübernahme) auf knapp 160.000 im Juni 2001 an, was einer Arbeitslosenquote von 18,7 % entspricht.

Stichwort Wachstum:

PDS heißt Stillstand.

Wo die PDS mitregiert, fährt die Wirtschaft vor die Wand. In Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen-Anhalt zieht sich eine tiefrohe Bremsspur durchs Land.

Lag Sachsen-Anhalt beim Wirtschaftswachstum 1993 zusammen mit Thüringen noch an der Spitze nicht nur der neuen, sondern aller Bundesländer, fiel es 1995, nur ein Jahr nach

Wachstum des Brutto-Inlandsproduktes im Jahr 2000* in den neuen Bundesländern



* in %, Preise von 1995. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

dem Regierungswechsel, auf den drittletzten Platz der neuen Bundesländer zurück. Heute herrscht mit einem Wachstum von nur 0,6 % quasi Stillstand.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern brach das Wachstum unter dem Eindruck der rot-roten Landesregierung ein: Lag es 1997 noch bei 1,4 %, sackte es im Jahr 2000 auf 0,6 % ab. Die beiden Länder mit Regierungen unter PDS-Beteiligung liegen damit weit abgeschlagen auf Platz vier und fünf der neuen Bundesländer.

Stichwort **Wirtschaft:**

PDS vertreibt Unternehmer.

Unter allen 16 Bundesländern gab es im Jahr 2000 nur zwei, in denen mehr Unternehmen aufgaben, als neue gegründet wurden – nämlich Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Und mit jedem Unternehmen, das schließen muss, fehlen noch mehr Arbeitsplätze.

Tatsache ist: Sachsen-Anhalt verlor unter dem Strich knapp 1.000 Unternehmen, Mecklenburg-Vorpommern mehr als 400 – in nur 12 Monaten!

Tatsache ist auch: Bei dem Index für Standortqualität liegt Sachsen-Anhalt abgeschlagen auf dem letzten Platz. So das Ergebnis einer Studie der Bertelsmann-Stiftung, in der die Bundesländer verglichen werden.

Die Konsequenz daraus: Nirgendwo in Deutschland gibt es weniger Selbstständige: Sachsen-Anhalt belegte 1999 mit einer Selbstständigen-

quote von 7,2 % den letzten, Mecklenburg-Vorpommern mit einer Quote von 7,3 % den vorletzten Platz aller Bundesländer.

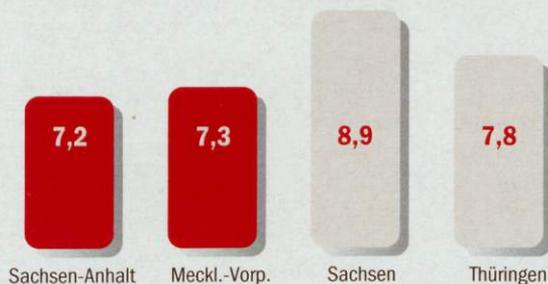
Weniger Unternehmen, weniger Arbeitsplätze, weniger Wachstum: Die Konsequenzen müssen alle tragen. PDS vernichtet Chancen.

Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen in den neuen Ländern - Salden -

Mecklenburg-Vorpommern		5.872	1994
	-407		2000
Sachsen		16.233	1994
		2.452	2000
Sachsen-Anhalt		8.140	1994
	-974		2000
Thüringen		6.488	1994
		923	2000

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Selbständigenquote in den neuen Ländern im Jahr 1999*



* Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen; Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden (Mikrozensus)

Wirtschaft - Zukunft

Stichwort **Landeshaushalt:**

PDS heißt rote Zahlen.

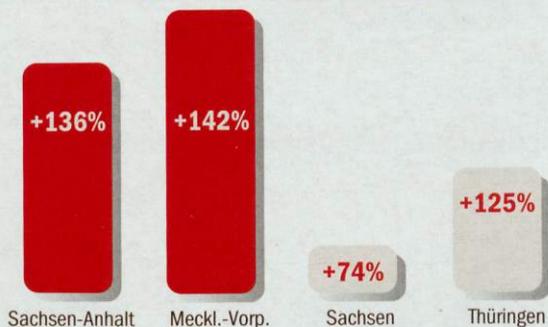
Haushaltsstabilität? Kein Thema für die PDS.

Tatsache ist:

■ Die Staatsverschuldung in Sachsen-Anhalt ist die höchste in Ostdeutschland. Die Pro-Kopf-Verschuldung soll nach dem aktuellen Haushaltsentwurf noch im laufenden Jahr 2001 auf etwa 10.700 DM ansteigen.

■ Rasante Fahrt in die roten Zahlen auch in Mecklenburg-Vorpommern: Hier wuchs die Pro-Kopf-Verschuldung seit Beginn der Regierungsbeteiligung der PDS um über 1.400 DM an.

Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung zwischen 1994 und 2001 (in %) im Ländervergleich



Stichwort Investitionen:

Die PDS spart an der Zukunft.

Investitionen? Fehlanzeige, wenn die PDS das Sagen hat: In Sachsen-Anhalt werden im Jahr 2001 nur 22 % der Ausgaben für Investitionen verwandt. In Mecklenburg-Vorpommern nur 22,2 %. Damit belegen beide Länder unter den neuen Bundesländern den letzten und den vorletzten Platz - wie schon seit Jahren.

Unter dem Strich: Wo die PDS Einfluss auf die Regierungspolitik gewinnt, geht es bergab. Die rot-rote Zeche zahlen alle: durch steigende Arbeitslosigkeit und entgangene Chancen auf Wachstum und Wohlstand.

Entwicklung der Investitionsquoten in den neuen Flächenländern

Mecklenburg-Vorpommern		30,5	1994
		22,2	2001
Sachsen		28,3	1994
		27,3	2001
Sachsen-Anhalt		27,7	1994
		22,0	2001
Thüringen		31,2	1994
		24,1	2001

Die Ziele der PDS.

Über die wahren Ziele einer Partei, über ihr Bild vom Menschen und von der Gesellschaft gibt ihr Programm Auskunft. Am Programm einer Partei lässt sich ablesen, ob sie zu Freiheit und Demokratie steht oder nicht.

Auch die Äußerungen der PDS sind da sehr aufschlussreich.

Ist die PDS eine »normale Partei«?

Was eine »normale Partei« ist, lässt sich klar definieren: Sie steht zum demokratischen System der Bundesrepublik, sieht das Votum der Wähler als ihre Legitimation an und will in den Parlamenten Politik gestalten. Sie bekennt sich also zur Demokratie, ihren Werten und Institutionen, insbesondere zur zentralen Rolle des Parlaments.

Nicht so die PDS.

»Die PDS steht in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen.«

» ... es geht um mehr Widerstand gegen die herrschende Politik ...«

ratie oder was?

So die Vorsitzende der PDS, Gabi Zimmer, auf dem Parteitag der Berliner PDS am 14./15. Juli 2001. Und im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vom April 2001 heißt es:

»Wir wollen diese Verhältnisse verändern und letztlich überwinden.«

Dazu will die PDS in die Regierung – und sie sagt das auch in aller Deutlichkeit. Judith Dellheim, die dem PDS-Bundesvorstand angehört, unterstrich laut der FAZ vom 30. Juni 2001:

*»Wahlerfolge und Regierungs-
beteiligung können nicht die Rahmenbedingungen umstürzen, aber sie müssen benutzt werden, um Opposition gegen die Herrschenden und das herrschende Gesellschaftssystem zu stärken.«*

Die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer bekräftigte auf dem Berliner Parteitag am 14. Juli 2001:

»Die Frage, ob sich eine PDS-Fraktion innerhalb von Parlamenten in die Opposition, Tolerierung oder Koalition begibt, berührt nicht das Selbstverständnis der Partei.«

Mit anderen Worten: Auch wenn die PDS vordergründig mitmacht – sie fühlt sich der Demokratie nicht verpflichtet. Das bestätigt auch der Verfassungsschutzbericht 2000:

»Insgesamt ist das Verhältnis der Partei zu wesentlichen Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung immer noch ambivalent.«

Freiheit und Demok

Diese Doppeldeutigkeit findet sich auch im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vom April 2001. Darin bekräftigt die PDS ihre Überzeugung,

»dass grundlegende gesellschaftliche Wandlungen nicht ohne soziale und politische Kämpfe, nicht ohne die Überwindung... der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse und... damit nicht ohne außerparlamentarische Bewegungen und außerparlamentarische Kämpfe möglich sind«.

Der Bundestagsabgeordnete der PDS, Winfried Wolf, sagt es («Marxistisches Forum« Nr. 32/33, September 2000) klar heraus:

»Die Parlamente sind unser Spielbein. Unser Standbein muss die außerparlamentarische Bewegung und Aktion sein.«

Was meint die PDS mit »außerparlamentarischem Kampf«? Zum Beispiel unterstützt sie aktiv Gruppen, die gegen die Globalisierung der Wirtschaft – auch gewaltsam – auf die Barrikaden gehen. So berichtet die »Märkische Allgemeine« vom 9. Juli 2001, es sei noch immer ungeklärt,

»ob sich die wegen der Krawalle beim EU-Gipfel in Göteborg festgenommenen Brandenburger vor ihrer Reise in der PDS-Kreisgeschäftsstelle Königs Wusterhausen (Dahme-Spreewald) trafen. Dies hatten die Demonstranten behauptet«.

Ins Bild passen würde es, denn (so die »Welt am Sonntag« vom 17. Juni 2001):

»Die PDS unterstützt personell und finanziell die vom Verfassungsschutz beobachtete militante ‚Antifaschistische Aktion Berlin‘ (AAB). Die als gewalttätig eingestufte AAB hat ihren Sitz im PDS-eigenen Karl-Liebknecht-Haus. Die PDS-Abgeordnete Angela Marquardt gilt als Verbindungsglied zur AAB.«

ratie oder was?

Auch bei den Vorbereitungen der Proteste beim G8-Gipfel in Genua leistete die PDS Hilfestellung, wie der »Tagesspiegel« vom 19. Juli 2001 berichtet:

»Die PDS stellt dafür ihr Kreuzberger Büro zur Verfügung.«

Zusammenfassend stellt der Verfassungsschutz-Bericht vom März 2001 fest:

»In Aktionsbündnissen arbeitet die PDS – einzelne Vertreter oder Gliederungen oder Strukturen der Partei – mit anderen, auch gewaltbereiten, Linksextremisten zusammen.«

Die PDS – eine normale Partei also?



Davon kann nicht die Rede sein. Mit einer Doppelstrategie will sie den Parlamentarismus von innen heraus schwächen. Sie nutzt gern die Stimmen der Wählerinnen und Wähler für ihre Zwecke – tatsächlich aber will sie die Demokratie abschaffen.

Eine Partei, die sich nicht von gewaltbereiten Autonomen distanziert, die sich vor allem über außerparlamentarischen »Kampf« definiert und die sich in grundsätzlicher Opposition zum demokratischen System der Bundesrepublik empfindet, verdient das Vertrauen der Bürger nicht.

Hat die PDS realistische und akzeptable Vorstellungen von Politik?

Mehr als ein Jahrzehnt ist vergangen, seit die DDR zugrunde ging – und mit ihr der »real existierende Sozialismus«. Zeit genug zum Lernen, sollte man meinen. Hat die PDS die Zeit genutzt? Ist sie weniger ideologisch geworden, bekennt sie sich zur Freiheit und zur Sozialen Marktwirtschaft?

Offenbar ist die inhaltliche Fortentwicklung der PDS nicht weitreichend – so stellte Michael Brie, einer der Autoren, bei der Vorlage des Entwurfes für ein neues Grundgesetzprogramm am 27. April 2001 (laut »Tagesspiegel« vom 28. April 2001) fest:

»Es handelt sich in der Tat um eine Überarbeitung..., nicht um eine Neufassung... Doch beim Lesen werden Sie mehr PDS und nicht weniger, mehr Sozialismus und nicht weniger finden.«

Und tatsächlich: Die PDS hält an altsozialistischen Ideologien fest. Selbst die sogenannten »Reformer« in der Partei, von denen manch einer glaubte, sie würden sich der Gesellschaft gegenüber öffnen, pflegen die alten kommunistischen Feindbilder weiter. So sagt Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der PDS, in der »Jungen Welt« vom 30. März 2000 (zitiert nach Verfassungsschutzbericht 2000):

»Die Mehrheit der Programmkommission [der PDS hat] nie bestritten, dass vom Kapitalismus ursprünglich die Gefährdung der menschlichen Zivilisation und Kultur ausgeht und die in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden kapitalistisch geprägten Machtstrukturen überwunden werden müssen.«

ratie oder was?

Auch im Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vom April 2001 hält die PDS an der schon in der DDR kläglich gescheiterten Strategie der Verstaatlichung fest:

»Progressiver Wandel der Eigentumsverhältnisse muss durch Gegenmächte bewirkt werden. Auf absehbare Zeit wird es vor allem darauf ankommen, die Verfügungsgewalt über hochkonzentriertes Kapitaleigentum oder scheinbar anonyme Aktienfonds schrittweise einzuschränken.«

Und:

»Wir wollen, dass neue volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen mit marktkonformen Instrumenten und Ordnungspolitik, mit Geboten und – soweit erforderlich – Verboten das Gewinninteresse der Unternehmen auf nachhaltige Entwicklungen orientieren.... Wo diese Grenzen missachtet werden, sind andere Regulationsmechanismen als der Markt erforderlich.«

Weniger verklausuliert drückt der stellvertretende Bundesvorsitzende Diether Dehm (BZ, 14. Juni 2001) das Gleiche aus:

»Unser Fernziel ist, Konzerne wie Daimler-Chrysler, BMW und Großbanken wie die Deutsche Bank zu vergesellschaften.«

Freiheit und Demok

Dass die PDS nach wie vor in realitätsferner ideologischer Erstarrung verharrt, macht auch der Grundsatzprogramm-Entwurf vom April 2001 deutlich:

»Der neoliberale Kapitalismus stellt eine Bedrohung der Menschheit dar. ... Heute wird versucht, einen ungezügeltten Kapitalismus mit den Mitteln der ökonomischen Diktatur, der neoliberalen Sachzwanglogik, der Verwandlung des Sozialstaats in einen Wettbewerbsstaat, mit dem Diktat der internationalen Finanzinstitutionen und einem militärischen Interventionismus durchzusetzen.«

Mit anderen Worten: Die PDS will eine andere Gesellschaft:

»Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel.«

Und ganz in althergebrachter kommunistischer Manier äußert sich die PDS auch zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Während viele junge Demokratien des ehemaligen Ostblocks – zum Beispiel Polen, Ungarn und Tschechien – schon Mitglied in der NATO geworden sind oder eine Mitgliedschaft anstreben, bleibt die PDS alten Doktrinen verhaftet. So formuliert sie in ihrem neuen Grundsatzprogramm-Entwurf:

»Die imperiale militärische und sicherheitspolitische Hegemonie der USA und der NATO sollen den Erhalt der ausbeuterischen Strukturen garantieren.«

ratie oder was?

Auch innenpolitisch ist die PDS auf Abwegen. Statt Drogenkonsum umfassend zu bekämpfen und damit unsere Städte sicherer zu machen, soll Drogenmissbrauch strafrei sein. Das geht aus dem Wahlprogramm der Berliner PDS eindeutig hervor:

Diejenigen, »die Drogen konsumieren«, sollen »entkriminalisiert werden«. Außerdem fordert die PDS, dass »Cannabis als Medizin« anerkannt wird.

Holländische Verhältnisse in Sachen Drogen also – das will die PDS. Doch nicht nur dem Drogenmissbrauch will die PDS freien Lauf lassen – auch in Sachen Ehe und Familie kennt die PDS keine Grenze, auch nicht den im Grundgesetz verankerten Schutz von Ehe und Familie, wie aus einer aktuellen Pressemitteilung vom 18. Juli 2001 hervorgeht:

»Die PDS wird auch weiterhin für die vollständige Öffnung der Ehe für Homosexuelle und die rechtliche Anerkennung aller Lebensweisen von Erwachsenen eintreten.«

Mit anderen Worten: Die PDS will eine andere Gesellschaft:

»Sozialismus ist für uns ein notwendiges Ziel.«

Freiheit und...

Daran hält sie unbeirrbar auch im Entwurf für ein neues Grundsatzzprogramm fest. Unbeirrbar ist sie auch, wenn es um Stasi-IMs in ihren eigenen Reihen geht. Zum Bericht des Immunitätsausschusses des Deutschen Bundestages vom Juli 2001, der als erwiesen feststellt, der PDS-Abgeordnete Heiner Fink habe inoffiziell für die Stasi gearbeitet, erklärte die PDS-Fraktion in einer Pressemitteilung vom 13. Juli 2001:

»Sie hat keinerlei Veranlassung, die Glaubwürdigkeit von Prof. Fink in Frage zu stellen, und sie wird ihm die notwendige Unterstützung und Solidarität entgegenbringen.«

Fazit:



Noch immer will die PDS ein anderes, ein sozialistisches Deutschland. Noch immer hegt und pflegt sie ihre kommunistischen Feindbilder. Noch immer hängt sie politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen an, deren Untauglichkeit die Geschichte schon erwiesen hat. Noch immer weigert sich die PDS dazuzulernen. Und für die Innere und die Äußere Sicherheit unseres Landes ist die PDS pures Gift.

Gysi, Kader & Co

Wer macht die Politik der PDS?

Viele bundesweit bekannte Gesichter hat die PDS nicht. Nicht nur in die Talkshows schickt die PDS vor allem Gregor Gysi – er ist auch ihr Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin. Was lässt sich über Gysi sagen – und was über andere führende Politiker der PDS?

Wer ist Gregor Gysi?

Im Einklang:

Gregor Gysi und die DDR-Vergangenheit

Gysi, 1948 geboren, wurde schon in den 60er Jahren SED-Mitglied. Er studierte Rechtswissenschaften an der Humboldt-Uni und promovierte 1976. Seine Doktorarbeit trug den bezeichnenden Titel »Zur Vervollkommnung des sozialistischen Rechtes im Rechtsverwirklichungsprozess«.

Vor der Wende war Gregor Gysi Vorsitzender des Kollegiums der Rechtsanwälte in der DDR: Dieses Kollegium wirkte mit bei der Lenkung der DDR-Rechtsprechung aufgrund politischer Vorgaben und bei der Diskriminierung Andersdenkender.

Statt 1989 für die Auflösung der SED einzutreten, wird Gregor Gysi ihr letzter Vorsitzender. Kurz: Auch Gregor Gysi gehört zur alten Garde. Auch er verkörpert die Kontinuität der PDS mit dem alten DDR-System.

Gysi, Kader & Co

Im Verdacht:

Gregor Gysi und die Stasi

Nach detaillierten Recherchen hat der Immunitätsausschuss des Bundestages 1998 »als erwiesen« festgestellt:

»Dr. Gysi hat seine herausgehobene berufliche Stellung als einer der wenigen Rechtsanwälte in der DDR genutzt, um als Anwalt auch international bekannter Oppositioneller die politische Ordnung der DDR vor seinen Mandanten zu schützen. Um dies Ziel zu erreichen, hat er sich in die Strategien des MfS einbinden lassen, selbst an der operativen Bearbeitung von Oppositionellen teilgenommen und wichtige Informationen an das MfS weitergegeben. Auf diese Erkenntnisse war der Staatssicherheitsdienst zur Vorbereitung seiner Zersetzungsstrategien dringend angewiesen. Das Ziel dieser Tätigkeit unter Einbindung von Dr. Gysi war die möglichst wirksame Unterdrückung der demokratischen Opposition in der DDR.«

In der Kritik:

Gregor Gysi und die Bürgerrechtler

Gysi hat als Anwalt in der DDR viele Bürgerrechtler vertreten, die sich von ihm verraten fühlen.

Bärbel Bohley, ehemalige Bürgerrechtlerin, sagt über Gysi in der »Süddeutschen Zeitung« vom 11. Juli 2001:

»Dieser Kerl faselt vom Sozialismus und will doch in Wirklichkeit nur die SED-Diktatur und seine eigene Stasi-Verstrickung schönreden.«

Im Gespräch:

Gregor Gysi und der serbische Diktator Slobodan Milosevic

April 1999: Die NATO hatte sich entschlossen, den jugoslawischen Kriegstreiber und Diktator Slobodan Milosevic mit Waffengewalt in die Schranken zu weisen.

Alle Parteien im Deutschen Bundestag sind sich einig: Milosevic muss gestoppt werden, seine Angriffe auf die Kosovo-Albaner und die berüchtigten ethnischen Säuberungen seiner Militärs auch. Einzige Ausnahme: die PDS.

Gregor Gysi reist als erster und einziger deutscher Politiker nach Belgrad, um Milosevic zu treffen. Eineinhalb Stunden dauert ihr Gespräch. Gysis Interesse galt bei seinem Besuch nicht den Opfern des Milosevic-Regimes, sondern den Zerstörungen durch die Bomben der NATO.

Slobodan Milosevic ist heute Angeklagter vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal in Den Haag. Gregor Gysi will Regierender Bürgermeister in Berlin werden.

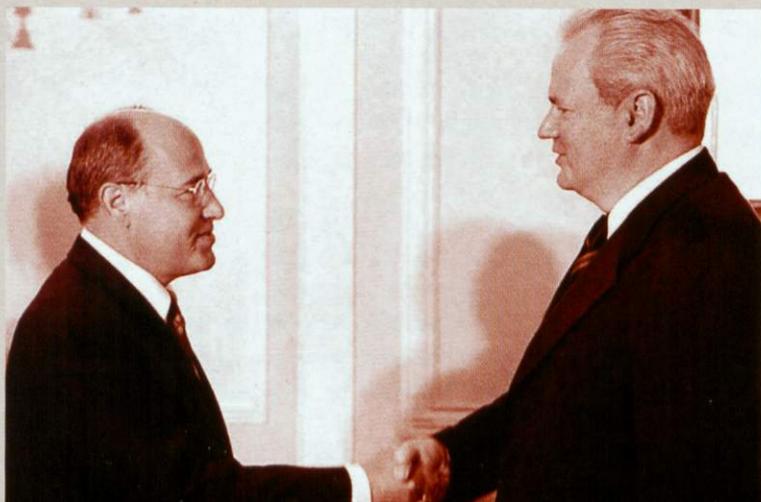


Foto: dpa

Gysi, Kader & Co

Im Zweckbündnis:

Gregor Gysi und die Berliner PDS

Gysi tritt an, um Regierender Bürgermeister von Berlin zu werden. Nur: Eine Direktwahl des Bürgermeisters gibt es in Berlin gar nicht. Wer Gysi wählt, wählt PDS.

Dahinter steckt ein Zweckbündnis, das die Berliner PDS-Vorsitzende Petra Pau (FAZ vom 30.6.2001) ganz unverblümt darlegt:

»Gysi will Regierender Bürgermeister werden, wir unterstützen ihn ...; er hilft uns wieder, zusätzliche Wähler zu gewinnen.«

Mit den Positionen, die Gysi vertritt, können viele PDS-Vertreter nicht viel anfangen. Sie fühlen sich von Gysi nicht repräsentiert. Und Heinrich August Winkler, Geschichtspräsident an der Berliner Humboldt-Universität, äußerte im Berliner »Tagesspiegel« vom 10. Juli 2001:

»Der Unterschied ist mittlerweile so markant, dass man Gysis Kandidatur ruhig als einen Etikettenschwindel bezeichnen darf.«

Auf dem Absprung:

Gregor Gysi und die Glaubwürdigkeit

Noch im April 2000 hatte Gysi angekündigt, er werde sich aus der Politik zurückziehen – und zwar definitiv. »Spiegel Online« sagte er am 16.4.2000:

»Wenn ich mich einmal entschlossen habe, dann ist so was endgültig.«

Nun will Gysi Regierender Bürgermeister von Berlin werden. Also eine Entscheidung für Berlin? Nein. Denn wenn das Abschneiden der PDS

Gysi nicht für den Posten des Regierenden Bürgermeisters reicht, will Gysi (Die »Welt« vom 16. Juli 2001) doch lieber in den Bundestag:

»Wenn ich in der Opposition wieder nur die Arbeit anderer kritisch begleite, aber nicht meine eigenen Visionen umsetzen kann, warum sollte ich das dann in einem Landesparlament ... tun?«

Für die Opposition in Berlin ist sich Gysi also zu schade. Und einen Bundestagswahlkreis – Marzahn-Hellersdorf – hat er sich auch schon ausgesucht.

Mit anderen Worten: Gysi will einen hohen Posten in Berlin, oder er kehrt der Hauptstadt-Politik flugs wieder den Rücken. Sieht so ehrliches Engagement für Berlin aus? Wer sich für die Opposition zu schade ist, hat das Vertrauen der Bürger nicht verdient.

Wer prägt die PDS?

**Über 80 %
ehemalige
SED-Mitglieder**

Nach Angaben der PDS gehörten 80 % ihrer heutigen Mitglieder schon der SED an. In Wirklichkeit liegen die Zahlen wohl noch darüber. Das bedeutet: Auch wenn viele der älteren Mitglieder nicht mehr auf jeden Parteitag kommen – ihr Einfluss ist noch immer groß.

Eine Parteiführung, die schon im DDR-System Karriere gemacht hatte

■ **Gabi Zimmer, Parteivorsitzende:** Jahrgang 1955, seit 1981 Mitglied der SED. Im VEB Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk »Ernst Thälmann« in Suhl übernahm sie 1981 die Redaktion der Betriebszeitung und wechselte 1987 als Agitatorin in die SED-Parteileitung des Betriebs. »Wir

Viele orthodoxe Kommunisten in PDS- Vorständen

waren keine Parteiopposition, das wäre uns zumindest bis zum Sommer 1989 auch nicht in den Sinn gekommen«, sagt Zimmer. (»Die Zeit«, 18. Mai 2000)

■ **Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer:**

Jahrgang 1958, seit 1977 Mitglied der SED, studierte an der Hochschule für Ökonomie in Karlshorst, 1990 Promotion an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Moskau.

■ **Roland Claus, Fraktionsvorsitzender im Bundestag:**

Jahrgang 1954, seit 1977 in verschiedenen Funktionen der FDJ, u.a. 1983 bis 1987 als 1. Sekretär der FDJ-Bezirksleitung Halle; später Sekretär des FDJ-Zentralrats in Berlin. Abgeordneter der letzten DDR-Volkskammer.

In den Vorständen der PDS bestimmen noch immer viele orthodoxe Kommunisten und der DDR-Vergangenheit nachtrauernde Ideologen die Richtung der Partei, zum Beispiel:

■ **Sarah Wagenknecht, Mitglied im PDS-Bundesvorstand,**

ist eine der führenden Repräsentanten der Kommunistischen Plattform der PDS. Bei ihrer jüngsten Wahl in den Parteivorstand erhielt sie mehr als 60 % der Delegiertenstimmen.

■ **Diether Dehm, stellvertretender PDS-Bundesvorsitzender:**

»Grundsätzlich sollten die West-GenossInnen die Kommunalparlamente als Tribüne des Klassenkampfes nutzen.« (»Jungle World«, 2. Februar 2000)

■ **Peter Porsch, stellvertretender PDS-Bundesvorsitzender:** »Die Mauer hat 1961 den Frieden in Europa und der Welt erhalten. Niemand wäre damit geholfen, wenn wir uns für die Mauer entschuldigten.« (»tageszeitung« vom 14. Juni 2001)

■ **Harald Werner, Mitglied im PDS-Bundesvorstand,** ist gestandener Altkommunist aus dem Westen: 1972 bis 1990 Mitglied der DKP, ab 1982 hauptamtlicher DKP Funktionär, Gründungsmitglied der PDS in Bremen.

Kommunistische Plattform und Marxistisches Forum

Beide Strömungen der PDS machen keinen Hehl aus ihrer fundamentalen Gegnerschaft zur parlamentarischen Demokratie. Dennoch sind sie in der PDS nicht nur geduldet, sondern ausdrücklich erwünscht. Das hat die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer auf dem Bundesparteitag in Cottbus im Oktober 2000 ausdrücklich unterstrichen: *»Im Bemühen um eine bessere Gesellschaft gehören wir zusammen, solange wir uns miteinander, nicht gegeneinander in dieser Partei bewegen.«*



Einschätzungen & Fehl

Eine Wende ganz anderer Art:

Die Annäherung der SPD an die PDS. Von einer kritischen Auseinandersetzung mit den SED-Nachfolgern kann bei der SPD immer weniger die Rede sein. Pures Machtkalkül und eine gefährliche Sorglosigkeit bestimmen ihren Umgang mit der PDS.

Noch streiten die Sozialdemokraten ab, 2006 auch auf Bundesebene mit der PDS zusammengehen zu wollen. Sonderlich glaubwürdig ist das schon lange nicht mehr.

Marianne Birthler, Leiterin der Stasi-Unterlagen-Behörde:

»Am Beispiel der Diskussion um den Mauerbau wird deutlich, wie sehr die PDS auf ihr rückwärtsgewandtes Milieu Rücksicht nehmen muss.« (»Tagesspiegel« vom 3. Juli 2001)

Heide Simonis, SPD, Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein:

»Die PDS ist nicht schlimmer als andere.« (»Handelsblatt« vom 11. Oktober 2000)

Günter Schabowski, ehemaliges SED-Politbüro-Mitglied:

»Die Aussicht auf die PDS als Wahlstimmenfänger mit Blick auf den Osten scheint einigen Politikern die Sicht auf die real existierende PDS zu trüben. Die Mehrheit der Mitglieder kommt aus der SED und ist in Nostalgie gefangen. Das ist die Fo-

Klaus Böger, SPD-Schulsenator in Berlin:

»Elf Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es keinen Sinn, die PDS in Berlin weiter ins Abseits zu stellen.« (»Die Welt« vom 8. Juni 2001)



Einschätzungen zur PDS

lie, auf der der vermeintliche Wunderknabe Gregor Gysi herumturnt.«
(»Spiegel« vom 9. Juli 2001)

Konrad Weiss, ehemaliger Bürgerrechtler:

»Die PDS als Ganzes hat ein gestörtes Verhältnis zur Demokratie und nicht etwa nur einige dogmatische Splittergruppen.« (»Handelsblatt« vom 2. Juli 2001)

Klaus Wowereit, SPD-Kandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters in Berlin:

»Elf Jahre nach der Wende müssen Bündnisse tabuloser betrachtet werden.« (»Handelsblatt« vom 8. Juni 2001)

Franz Müntefering, SPD Generalsekretär:

»Es macht uns Sorge, dass die PDS nach vorn kommt. Die PDS ist gnadenlos opportunistisch und sie verspricht Dinge, die nicht zu realisieren sind.« (Müntefering am 19. September 1999, zitiert in »Berliner Zeitung« vom 10. Oktober 2000)

Gerhard Schröder, Bundeskanzler:

»Die SPD muss regieren wollen. ... Die PDS zu den Unberührbaren der deutschen Politik zu machen ist unsinnig.« (»Bild am Sonntag« vom 12. November 1995)

Otto Schily, Innenminister der Bundesrepublik Deutschland:

»Die skandalöse Verharmlosung des Mauerbaus durch den sächsischen PDS-Politiker Porsch ist ein Hinweis darauf, dass Teile der PDS noch nicht in der Demokratie angekommen sind.« (»Bild« vom 27. Juni 2001)

Franz Müntefering, SPD-Generalsekretär:

»Wir respektieren die PDS als eine Partei, die in dieser Demokratie angekommen ist.« (»Tagesspiegel« vom 12. Juni 2001)

Die PDS - untauglich für die Zukunft

5 gute Gründe, warum die PDS in keine Regierung gehört

1. Die PDS vernichtet Wohlstand und Arbeitsplätze
Sie ist wirtschaftlich inkompetent, vertreibt Unternehmen und vernichtet Arbeitsplätze. Die Zeche zahlen die Bürger. Die PDS glaubt noch immer an die Verstaatlichung und will die Soziale Marktwirtschaft abschaffen.

2. Die PDS ist im Kern undemokratisch
Sie benutzt die Parlamente, aber sie akzeptiert die Demokratie und ihre Spielregeln nicht. Ziel der PDS ist es, die parlamentarische Demokratie zu »überwinden«, sprich abzuschaffen. Die PDS ist keine normale Partei. Sie an der Macht zu beteiligen, ist verantwortungslos.

3. PDS-Politik versagt in der Praxis
Die Bilanz der PDS in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zeigt: Die PDS ist unfähig. Massive Arbeitslosigkeit, steigende Verschuldung, Stillstand statt Aufbruch – die Fakten sprechen Klartext.

4. Die PDS hat ein zwiespältiges Verhältnis zur Gewalt und gefährdet die Innere Sicherheit
Zusammenarbeit mit gewalttätigen Antifa-Gruppen und Linksextremisten – für die PDS laut Bundesverfassungsschutzbericht an der Tagesordnung. Nicht umsonst wird die PDS in den meisten Bundesländern vom Verfassungsschutz beobachtet. Hinzu kommt: Sie will Drogenkonsum legalisieren und bei der Polizei massiv sparen.

5. Die PDS pflegt ideologische Feindbilder, sie will eine sozialistische Gesellschaft
Alte Ideologien prägen die PDS heute noch: Sie diffamiert die Soziale Marktwirtschaft als »Kapitalismus« und will eine sozialistische Gesellschaft. Noch immer sitzen DDR-Kader an den Schalthebeln dieser Partei. Eine unzweideutige Distanzierung von der SED und dem DDR-Regime gibt es bei der PDS nicht. Von wirklicher Erneuerung und Öffnung kann keine Rede sein.